

Rechtsruck in der EU: Was bedeutet das für Liechtenstein?

Experte Georges Baur geht davon aus, dass umwelt- und sozialpolitische Themen in der EU an Bedeutung verlieren werden. Indirekt werde dies auch Liechtenstein als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zu spüren bekommen.

Ein Kontinent rückt nach rechts: Bei den Europawahlen am Wochenende konnten in mehreren wichtigen EU-Ländern rechtsextreme, nationalistische und europakritische Parteien Erfolge feiern. Neu kommen die Rechten im EU-Parlament auf knapp ein Viertel der Stimmen. Diese politischen Verschiebungen in Brüssel könnte auch das Nicht-EU-Mitglied Liechtenstein zu spüren bekommen, meint Georges Baur, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut und ehemaliger liechtensteinischer Diplomat in Brüssel.

«Politische Mitte bleibt stärkste Kraft»

Dem Europaexperten Baur ist es aber wichtig, die Zugewinne der rechten Kräfte im EU-Parlament in Relation zu setzen. «Ich glaube, der Rechtsruck ist weniger stark ausgefallen, als man ursprünglich befürchtet hat», so Baur.

Er verweist darauf, dass die drei Fraktionen der politischen Mitte – die christdemokratische EVP, die sozialdemokratische S&D und die liberale Renew – auch im neuem Parlament eine klare Mehrheit bilden können: Gemeinsam kommen die drei

Fraktionen auf über 400 Sitze im insgesamt 720 Mitglieder umfassenden EU-Parlament. «Die politische Mitte bleibt nach wie vor die politisch stärkste Kraft. Die Sozialdemokraten und die Liberalen mussten zwar Federn lassen, aber die Christdemokraten wurden gestärkt», sagt Baur. Aus seiner Sicht ist darum eher damit zu rechnen, dass im neuen Parlament die christdemokratische EVP ihre Programmpunkte besser durchsetzen kann – und nicht die rechtspolitischen Parteien.

Doch welche Agenden wird ein stärker von der EVP geprägtes EU-Parlament verfolgen? «Ich könnte mir vorstellen, dass Wirtschaftsthemen und Entbürokratisierung wieder stärker in den Fokus rücken, während in den Bereichen Soziales und Umwelt wohl eher gebremst wird», so die Einschätzung des Europaexperten. Dies, nachdem mit den Zugewinnen der Grünen vor fünf Jahren Themen wie Klimaschutz in Brüssel mehr Gewicht erhielten.

Weniger Umwelt- und Sozialpolitik im EWR

Diese Akzentverschiebung im EU-Parlament werde wahr-



Bei den Europawahlen wurde in Frankreich die Partei Rassemblement National von Marine Le Pen stärkste Kraft. Die rechtspopulistische Partei holte mit ihrem Spitzenkandidaten Jordan Bardella (r.) mehr als 30 Prozent der Stimmen.
Bild: Keystone

scheinlich auch Liechtenstein als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zu spüren bekommen. «Es ist denkbar, dass die EU künftig weniger sozial- und umwelts-

politische Agenden in den EWR hineinträgt», führt Baur aus. Entsprechend wären die drei EWR-/Efta-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein auch weniger gefordert, ihre natio-

nale Gesetzgebung in diesem Bereichen im Sinne der Europäischen Union anzupassen. «Ich glaube, dass dies Norwegen, Island und Liechtenstein gar nicht so ungelogen

kommt», meint der Europaexperte.

Entscheidende Rolle der 27 EU-Staatschefs

Aber werden sich die Erfolge, die etwa der Rassemblement National bei den EU-Wahlen in Frankreich oder die FPÖ in Österreich feierte, tatsächlich kaum auf die Politik der EU auswirken? Hier verweist Baur auf die Bedeutung des Europäischen Rats – die Gruppe der 27 Staats- und Regierungschefs der EU. Das EU-Parlament hat zwar über die vergangenen Jahrzehnte an Stärke gewonnen: Mittlerweile kann kein Gesetz auf EU-Ebene in Kraft treten, ohne dass das Parlament zustimmt. Aber über den grössten politischen Einfluss verfügt nach wie vor der Rat der 27 EU-Staatschefs.

Sollten sich bei den anstehenden Neuwahlen in Frankreich oder den Nationalratswahlen in Österreich auch auf nationaler Ebene die rechtspopulistischen Parteien durchsetzen, könnten sie über den europäischen Rat der Brüsseler Politik ihren Stempel aufdrücken – und zwar stärker, als dies ihnen nun über das EU-Parlament möglich wäre. (equ)